



Der Rundbrief

für ver.di Aktive im OV Saar

Ausgabe 02/25 (Nr.30) am 10.02.25

ver.di trifft sich im Schloss

Auf ein neues Jahr

Am Donnerstag, 23. Januar 2025, findet der diesjährige Neujahrsempfang der ver.di Region Saar Trier im Saarbrücker Schloss statt. Die Abonnenten dieses Rundbriefes sind herzlich eingeladen. Um 16:30 Uhr geht es los.

Der neue Geschäftsführer der ver.di Region Saar Trier wird erstmalig auf diesem Neujahrsempfang die Vorhaben der Gewerkschaft ver.di für das Jahr 2025 darlegen und insbesondere über die anstehenden wichtigen Tarifauseinandersetzungen berichten. Wir sind gespannt, welche Aufgaben er in den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellen wird.

Die Vorsitzende des Bezirksvorstandes Susanne Kasztantowicz wird ebenfalls zum neuen Jahr das Wort ergreifen und sich mit den politischen Aufgaben befassen. Die Kriegsgefahr und die Kriege in der Ukraine und in Palästina, die schwache wirtschaftliche Entwicklung, hohe Investitionsbedarfe, die fortschreitende soziale Ungleichheit, der Klimawandel, Migration, technischer Fortschritt, Fachkräftebedarfe und auch das schwindende Vertrauen in politische Institutionen sind die Themen, mit den sich unsere Gewerkschaft beschäftigt.

Die designierte stellvertretende Geschäftsführerin Julia Mole wird durch die Veranstaltung führen und auch eine Gruppe ehrenamtlicher Kolleginnen und Kollegen, die es geschafft haben, einen Betriebsrat zu bilden, werden zu Wort kommen.

Aber hauptsächlich wird Zeit sein, um Gespräche unter Kolleginnen und Kollegen zwischen den Fachbereichen und unterschiedlichen Gruppen unserer Gewerkschaft zu führen. Auch erwarten wir den einen

oder anderen Gast aus der Politik, die sich sicherlich gerne mit einzelnen von uns unterhalten werden.



Und natürlich stoßen wir zusammen an, heben das Glas Wein, Bier oder Wasser auf das noch neue Jahr und machen uns auch Mut, dass wir die nun wirklich nicht leichten Aufgaben bewältigen können. Schließlich lassen wir uns nicht einschüchtern.

Eine Kleinigkeit zum Essen gibt es selbstverständlich auch, denn ohne Mampf kein Kampf.

Sei also dabei. Wir sehen uns alle und sagen uns solidarisch Proschd Neijoor.

ver.di Saar traf sich am 9. Januar:

Verständigung über unsere Aufgaben als Friedensorganisation

Am 9. Januar bekam der Ortsverein Saar der Gewerkschaft ver.di Besuch von seiner Dachorganisation. Der stellvertretende Bezirksvorsitzende des DGB-Bezirks Rheinland-Pfalz – Saarland Timo Ahr kam zum Vortrag und stellte sich der Diskussion.

In unserem Mitteilungsblättchen hatte zwar der Fehlerteufel zugeschlagen und aus dem Opa von Timo Ahr einen Horst Saar gemacht. Er hieß natürlich auch Ahr. Schuld ist natürlich das Rechtschreibprogramm unseres Schreiberlings und bekanntlich fallen einem die eigenen Fehler nur selten auf. Timo sah darüber hinweg und war trotzdem gern gesehener Ehrengast der ver.di Saar am 9. Januar. Sein Thema: „Zur gewerkschaftlichen Friedenspolitik und zu anderen aktuellen Aufgaben der Gewerkschaften“.

Im Vorfeld umriss unser Vorsitzender Rainer Tobae vor 21 Teilnehmer*innen noch einmal die Positionen des Ortsvereins in der Friedensfrage. Er bemängelte, dass die Gewerkschaften der Friedensfrage nicht die notwendige Aufmerksamkeit widmen würden. Er kritisierte, dass in den Anforderungen an die Parteien im Wahlkampf der Zusammenhang zwischen Sozialabbau und Aufrüstung nicht benannt würde.



Konkret wurde noch einmal die Meinungsverschiedenheit anlässlich des Antikriegstages 2024 in Völklingen dargelegt.

Auch Timo Ahr sieht den Zusammenhang zwischen Aufrüstung und Abbau von sozialen und demokratischen Rechten. Für ihn ist es wichtig, dabei sich auch stets des Gegners zu vergewissern. Manches könnte die Politik nicht regeln, die Ursache vieler Probleme läge im Profitstreben des Kapitals, das die Rahmenbedingungen bestimme.

Angesichts der bestehenden Interessengegensätzen zwischen den verschiedenen Ländern und der zunehmenden technischen Anforderungen an die Rüstung sehe er schon mit Sorgen, dass die Kosten für die Rüstung ins Unermessliche gesteigert werde. Er teilte allgemein die Forderungen nach Abrüstung, hatte jedoch noch keine abschließende Position zu möglichen Lösungen für dieses komplexe Thema. Allerdings war er auch der Meinung, dass die diplomatischen Anstrengungen verstärkt werden müssten.

Er nannte viele Politikfelder, wo die Gewerkschaften gefordert wären und äußerte sich sehr selbstkritisch zu der Arbeit der Gewerkschaften. Man würde immer wieder vom Kapital getrieben und es wäre schwer dagegen zu halten. Das „Getriebenwerden“ war dann auch Gegenstand vieler Diskussionsbeiträge an dem Abend. Verlangt wurde eine Strategie, um aus der Krise herauszukommen. Die Diskussion umfasste



viele Politikfelder und wurde vom Vorsitzenden erst gegen 20:30 Uhr beendet.

Die Diskutanten forderten mehr Gestaltung durch die Gewerkschaften und wollten im bewussten Spannungsverhältnis von betrieblicher Interessenvertretung und sozialer Bewegung ihre Rolle als Friedensorganisation finden.

Eine Debatte dazu war erfrischend solidarisch und auch für manche Zuhörer*innen und Zuhörer*innen Erkenntnisgewinnend.



Timo Ahr erklärte seine Bereitschaft mit Blick auf künftige Friedensaktivitäten sich mit uns beraten zu wollen und Rainer Tobae stellte die Frage, wie es angesichts der zahlreichen Probleme gelänge, zur Hegemonie zu gelangen. Wir sollten dabei die Friedensfrage auch als Chance begreifen.

Als wir um kurz nach 21 Uhr das Licht im ver.di-Haus ausmachten, war ein spannender Abend zu Ende.

Unsere Hoffnung

Jedes Quartal veröffentlicht unser Mitglied Michael Quetting auf seiner Webseite einen Kommentar unter der Überschrift „Gedanken von der Ruhebank“. Zum neuen Jahr gab er seinem Text die Überschrift „Unsere Hoffnung“.

Wir gehen in ein neues Jahr und die Sorgen und Nöte sind aus der Büchse der Pandora entwichen. Und es fehlt uns die Hoffnung. Die Welt ist unerbittlicher geworden. Die Krisen sind vielfältig und komplex. Soweit der Blick auf die aktuelle Lage.

Diese Krisen werden unterschiedlich bewertet und daraus leitet sich auch mancher Dissens ab. Vielfältig sind auch die Erklärungsansätze, wer ist schuld, was muss dagegen getan werden? Viele sehnen sich nach alten Zuständen, nach der angeblich besseren früheren Zeiten.

Dabei haben die Probleme einen Klarnamen. Es ist der Kapitalismus, das zwanghafte, im System liegende Gesetz, nach immer größerem Gewinn. Es ist die durch dieses System bedingte Ausbeutung des Menschen und der Natur.

Das ist die Ursache für die Kriege, für die ökologische Katastrophe, für Hunger und Not, für Vertreibung und Flüchtlingsströme und auch dafür, dass die Bahn nicht mehr pünktlich kommt und die Krankenhäuser vor dem Aus stehen. Und es gibt noch eine Erkenntnis, die wir schon bei Karl Marx nachlesen können. Es wird innerhalb dieses kapitalistischen Systems keine Lösung geben. Wir haben es mit antagonistische Widersprüchen zu tun. Dieses System ist am Ende.

Das gilt es zu erkennen. Das tun wir leider nicht. Und so wurschteln die mehr oder weniger Herrschenden vor sich hin. Sie machen weiter wie bisher, mal mit mehr oder weniger sozialen Antlitz, in der letzten Zeit mit immer weniger davon. An die Wurzel des Problems trauen sie sich nicht ran, denn das bedeutet ja ihre Abschaffung. Das wollen wir ihnen auch nicht vorwerfen. Wir sollten aber auch keine Hoffnung haben, dass von ihnen eine Lösung kommt.

Und wir lebten in Deutschland gut damit, dass dieses Land als Exportweltmeister den Neokolonialismus praktizierte. Damit scheint nun Schluss zu sein. Die Völker des Südens mucken auf.

Aber was machen wir, also ich meine die abhängigen Menschen? Sie verlieren das Ver-

trauen. Sie vertrauen immer weniger jenen, denen sie noch gestern vertrauten. Man nennt das nun Krise der Demokratie. Die Regierung möchte gerne ein neues Volk. Aber, das geht offenbar nicht so einfach, obwohl die Regierenden und deren Opposition in gemeinsamer Front sich mit Hilfe der Sozialen und anderen Medien doch so viel Mühe geben.

Wenn die Oben nicht mehr können, die Unten sich nicht wehren, dann bleibt es wie es ist.

Jetzt könnten wir uns zurücklehnen und anstatt von einem gesellschaftlichen Zusammenhalt zu faseln, versuchen den Klassenkampf offensiv zu führen. Irgendwann werden die Unten nicht mehr wollen. Ganz sicher.

Allerdings gibt es da ein kleines Problem. Erreichen wir diesen Zeitpunkt? Da gibt es die aktuellen Kriege und die Kriege in Vorbereitung. Wir sitzen auf einem Pulverfass und es ist recht wahrscheinlich, das es in die Luft fliegt, wenn die Entwicklung nicht geändert wird.

Und dann ist da noch das Klima. Das Problem ist erkannt. Da muss die Menschheit sich gewaltig anstrengen und zwar gemeinsam, sonst wird das nichts. Was heißt das jetzt? Keinen Cent in die Rüstung, auf jeden Fall alles tun, um Krieg zu verhindern. Und dann können wir uns streiten, wie denn die Gesellschaft aussehen wird, in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.

Es gibt aktuell auf dieser Erde nichts wichtigeres als für den Frieden zu kämpfen. Ansonsten ist alle Hoffnung dahin. Dazu braucht es eine weltweite, mächtige

Friedensbewegung. Dafür braucht es Abrüstung und keine Militarisierung. Dafür müssen wir jetzt kämpfen. Deswegen sollte jeder von uns den Berliner Appell bei sich tragen und jeden Menschen ansprechen, diesen zu unterschreiben, ob im Betrieb, in der Schule an der Universität oder im Verein. So schaffen wir eine Friedensbewegung. Es liegt an jedem von uns. Das muss uns gelingen. Bekanntlich stirbt die Hoffnung zuletzt.



Bezirksvorstand tagte:

Kollegin Julia Mole vorgeschlagen

Am 7. Januar tagte in Saarbrücken der ver.di Bezirksvorstand Region Saar-Trier. Hauptgegenstand war die Vorstellung der Kollegin Julia Mole, die sich mit einem Stellenanteil von 20 % als stellvertretende Geschäftsführerin im Bezirk beworben hat und dazu die Zustimmung des Vorstandes braucht. Die Anwesenden waren auch einstimmig dafür, aber 17 Anwesende reichen nicht, denn damit war der Vorstand nicht beschlussfähig. Dies war sehr ärgerlich, weil eine beschlussfähige Mehrheit sich angemeldet hatte. Jetzt muss ein Umlaufbeschluss bewirkt werden, was ja unter Demokraten ausgesprochen fragwürdig ist.



Die 36jährige Kollegin Julia aus Köllerbach arbeitet als Gewerkschaftssekretärin im Fachbereich Medien, Kunst und Industrie im Bezirk. Von Beruf ist sie Industriekauffrau mit Abschluss im Jahr 2009. Bevor sie bei ver.di als Jugendsekretärin arbeitete, war sie Jugendvertreterin und hat verschiedene Aufgaben und Funktionen in ver.di sowohl in der Ebene wie im Fachbereich ausgeübt.

Sie betonte in ihrer Vorstellung die Notwendigkeit der Wichtigkeit, die Arbeit strukturierter zu organisieren und legte dar, wie sie gedenkt bestimmte Unzulänglichkeiten zu beseitigen. Dabei setze sie auf Transparenz und auf eine offensive Fehlerkultur. Auch müsse ver.di in der Gesellschaft sichtbar werden. ver.di hätte soviel zu sagen, aber das wäre leider zu wenig bekannt. Sie möchte den Fokus ihrer Arbeit auf die Mitgliedschaft und das Ehrenamt legen. Dazu sei sie hoch motiviert und es sei an der Zeit endlich auch eine Kollegin in die Führung des Bezirkes einzubauen.

Mützenich irritiert

Habeck will Aufrüstung, bis es kracht

In einem Gespräch mit dem SPIEGEL forderte Kanzlerkandidat von Bündnis 90/Die Grünen, Robert Habeck, 3,5 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung in Verteidigung zu investieren. SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich zeigte sich irritiert. Mützenich, der auch mehr Geld für die Rüstung ausgeben will: „Ich wundere mich immer wieder, wie man glauben kann, eine eher willkürlich gegriffene Zahl würde Deutschland automatisch mehr Sicherheit verschaffen.“ Das Zwei-Prozent-Ziel ist keine geeignete Orientierungsgröße für die finanzielle Ausstattung der Bundeswehr und wird von ver.di abgelehnt.

Ausstellung in Neunkirchen:

Saarländer gegen Nazi-Regime

Am 13. Januar 2025 jährt sich die „Saarabstimmung“ zum neunzigsten Mal. An jenem Tag stimmte die Mehrheit der Bevölkerung des Saargebietes aus fehlgeleitetem Nationalgefühl für einen Anschluss an Hitlerdeutschland und lieferte damit die Region dem faschistischen Regime aus.

Vor achtzig Jahren am 27. Januar 1945 wurde das deutsche Vernichtungslager Auschwitz von sowjetischen Truppen befreit. Auch in diesem Jahr erinnert uns der Holocaustgedenktag daran, zu welchem ungeheuerlichen Verbrechen dieses Herrschaftssystem am Ende geführt hat.

Anlässlich dieser beiden Erinnerungstage zeigt das Neunkircher Forum für Freiheit, Demokratie und Antifaschismus, in Kooperation mit der Volkshochschule Neunkirchen, der VVN/BdA, sowie der Rosa Luxemburg Stiftung/Peter Imandt Gesellschaft, die Ausstellung „Saarländerinnen und Saarländer gegen das Naziregime.“ Am Montag, 13. Januar 2025, wird die Ausstellung um 18.00 Uhr im KULT. Kulturzentrum Neunkirchen in der Marienstraße 2, Raum 15, eröffnet. Aus diesem Anlass spricht der Leiter des Stadtarchivs Neunkirchen Christian Reuther.

Vortrag und Ausstellung thematisieren den historischen Hintergrund der Saarabstimmung und das Wirken von Saarländerinnen und Saarländern im Kampf gegen den Anschluss des Saargebietes an Hitlerdeutschland, für eine Beibehaltung der Status Quo-Regelung und das Ringen um eine Einheitsfront aller antifaschistischen Kräfte.

Im Anschluss an den Vortrag findet ein Rundgang durch die Ausstellung statt.

Die Ausstellung kann bis zum 26.1.25 täglich von 10.00 bis 16.00 Uhr besucht werden.

